

# Rau wieder auf Raubzug

## Wiederholung des „Geld-Umtauschs“ in Leipzig angekündigt

DT. Schon den bisherigen Berichten über die Leipziger Frühjahrmesse war zu entnehmen, daß die sowjetzonalen Gewährhaber es für richtig halten, wieder schärfere Mißtöne gegen den Kapitalismus, gegen die Bundesrepublik und ihre nach ihrer Auffassung dem Ende entgegengehende Wirtschaftspolitik anzuschlagen. Wenn der alte Kommunist Rau in Leipzig, sei es bei der Eröffnungsfeier der Messe oder bei Pressekonferenzen, das Wort führt, kann man sicher sein, daß westliche Gäste sehr unhöflich behandelt werden.

Es wundert uns dabei nur immer wieder, daß die Gäste sich das gefallen lassen und nicht vorziehen, Konferenzen, bei denen sie selbst attackiert werden, zu verlassen oder sie überhaupt nicht zu besuchen. Neue Offenbarungen sind von dem „Wirtschaftsminister“ eines unwirtschaftlichen Systems nicht zu erwarten.

Er saß wieder auf einem recht hohen Pfeyd. Während der Staatssekretär im Handelsministerium, Hüttenrauch, die Ausweitung des Interzonenhandels als ein „besonderes Anliegen“ der „DDR“ bezeichnete, erklärte Rau, die Sowjetzone sei keineswegs von der westdeutschen Wirtschaft abhängig, vielmehr könne sie auf allen Gebieten, auch bei Stahl, eine andere Lösung finden. Das ist heute kein Kunststück, wenn man über die nötigen Devisen verfügt. Die Tatsache, daß der im Interzonenhandelsabkommen vereinbarte Swing von der Zone bis fast zur Höchstgrenze ausgenutzt wird, scheint zu beweisen, daß es der Zone an den Mitteln fehlt, sich Roh- und Halbmaterial so schnell anderswo besorgen zu können, damit sie die Schuld durch Lieferungen abtragen kann.

Das wird um so schwerer werden, wenn Rau, wie er ankündigte, nochmals einen Notenumtausch vornehmen sollte. Dank des Straßenraubes

— anders kann man den vorjährigen „Geld-Umtausch“ wohl kaum bezeichnen — hat er Westdeutschen und Berlinern, die in seinen Augen Schieber sind, 700 Mill. DM. abnehmen können, wie er mit Genugtuung feststellte. Dieses „sehr wirkungsvolle“ Ergebnis mag ihn

allerdings zur Wiederholung reizen. Es ist nur gut, daß Rau solche Wiederholungsabsicht seines Raubzuges vorher ankündigt und damit das Mißtrauen in die Ostmark aufs neue wieder größer werden läßt. Er täusche sich nur nicht darüber, daß solches Mißtrauen auf die Bundesrepublik und Berlin beschränkt bleibt. Es schwelt in der Sowjetzone unter der Decke weiter und bringt überhaupt die sowjetzonalen Verhandlungspartner in stärksten Mißkredit. Ihn kann auch noch so laute Propaganda für die sowjetzonale Mißwirtschaft nicht beheben.

# Pankow will „Arbeiterkomitees“ auflösen

## Neuwahl wird abgesagt

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Die Erlaubnis zur Bildung von Arbeiterkomitees in den Betrieben, das einzige Zugeständnis des Sowjetzonenregimes nach dem Aufstand in Ungarn und den politischen Umschichtungen in Polen, wird wieder zurückgezogen. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete dieser Tage von einer Tagung des Bundesvorstandes der Sowjetzonen-Einheitsgewerkschaft FDGB mit Arbeitern, auf der die Beseitigung der wenigen in der DDR gebildeten Arbeiterkomitees vorgeschlagen wurde. An der Beratung hätten Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitungen und der Arbeiterkomitees von 18 Betrieben teilgenommen. Sie seien mit den FDGB-Funktionären der Meinung geworden,

„daß der Belegschaft, den Vertrauensleuten und den Mitgliedern der Arbeiterkomitees vorzuschlagen ist, die fällige Neuwahl der Komitees nicht vorzunehmen, bzw. die Tätigkeit der Arbeiterkomitees einzustellen“. Mitgliedern der Komitees, „die sich besonders aktiv zeigten“, könnten als Kandidaten für die im Betrieb zu wählenden „Ausschüsse für Produktionsberatungen“ aufgestellt werden. Auch in die verschiedenen Kommissionen des FDGB wolle man sie einbeziehen. Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob Arbeiter während der FDGB-Beratung gegen die Beseitigung der Arbeiterkomitees auftraten, deren Gründung im vergangenen Jahr von vielen Belegschaften gefordert worden ist.

## Wiedergutmachung

DT. Fürchtet euch nicht: dies Wort steht über der diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit“, die in vielen Großstädten der Bundesrepublik und in Berlin begonnen hat. Als man sich vor bald zehn Jahren zu einer solchen alljährlichen Veranstaltung entschloß, stand noch das grausige Schicksal von Hunderttausenden unserer jüdischen Mitbürger wie ein schwarzer Schatten vor den Überlebenden. Inzwischen ist manches geschehen, was wir uns angewöhnt haben, als Wiedergutmachung zu bezeichnen. Für das Leid, das Hitlers Politik über Millionen gebracht hat, kann es eine echte Wiedergutmachung nicht geben. Es konnte nur ein Versuch gemacht werden, die Überlebenden mit unserer Gesinnung zu versöhnen. Das ist eine moralische Aktion.

Den Gedanken der Wiedergutmachung hat die große Mehrheit des deutschen Volkes immer wieder bejaht. Als deshalb im Jahre 1952 die Bundesregierung das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen abschloß, empfand die deutsche Öffentlichkeit dies als einen in der Politik zwar ungewöhnlichen Vorgang, aber als legitime Geste der Wiedergutmachung. Diese dreieinhalb Milliarden Mark, die die Bundesrepublik unter der Zustimmung aller Parteien dem Staate Israel bis zum Jahre 1966 zu zahlen sich verpflichtet, war ein Stück moralischer Politik. Da Moral in der Politik aber selten realpolitischen Widerhall findet — zumal sie sich in materiell greifbaren Werten ausdrückt —, hat diese Verpflichtung der deutschen Außenpolitik in ihren Beziehungen zum israel-feindlichen arabischen Raum manche Sorgen bereitet. Es ist vielfach die Frage gestellt worden, ob der Staat Israel der wirklich zutreffende Partner für diese staatliche kollektive Wiedergutmachung Deutschlands gewesen ist. Inzwischen wissen wir, daß Tel Aviv nur einer der Kontrahenten dieser deutschen moralischen Politik sein konnte. Ob-

wohl viele ehemalige deutsche Juden den Staat Israel tragen und gestalten, ist er ja eine Heimstatt für Juden vieler europäischer und nichteuropäischer Länder geworden, und dazu haben sich jene Juden, die dem zionistischen Gedanken der jüdischen Staatswerdung ablehnend gegenüberstehen, immer geweigert, ihn als ihren Staat anzuerkennen. Das mußte bedeuten, daß auch außerhalb des Staates Israel viele in der Welt verstreute jüdische Wiedergutmachungsverpflichtungen auf uns zukamen.

Die Bundesrepublik hat sich grundsätzlich dazu verstanden, solche Verpflichtungen zu übernehmen. Der neue deutsche Staat, der in bewußter Konzeption ein gegen den Hitlerismus gerichteter Staat der freien Demokratie ist, hat also eine moralische Verantwortung gegen die Überlebenden und gegenüber den Angehörigen der nicht mehr lebenden jüdischen Mitbürger übernommen, wie er in der Staatengeschichte der letzten Jahrhunderte ohne Beispiel ist.

Es war eine moralische Verantwortung, die sich nun in materiellen Leistungen ausdrückt. Wie sich indessen im Laufe der Wiedergutmachungspraxis herausstellt: eine Leistung, die um das Mehrfache über die — übrigens nicht zu gering angesetzten Erwartungen hinausgeht. Auf etwa 7 Milliarden Mark hatte man die Aufwendungen geschätzt, die sich bis zum Jahre 1963 aus den Wiedergutmachungszahlungen für die Anspruchsberechtigten in der Welt ergeben müßten. Nun läuft am Ende dieses Monats die Anmeldefrist ab, die aus dem Bundesentschädigungsgesetz von 1956 und dem Bundesrückerstattungsgesetz von 1957 den Betroffenen oder ihren Sachwaltern bleibt. Nicht nur der frühere Finanzminister Schäffer, sondern auch eine Reihe anderer Instanzen haben errechnet, daß nach den jetzt vorliegenden Ansprüchen auf Rückerstattung der Bund bis 1963 nicht 7, sondern etwa 23 bis 25 Milliarden Mark würde aufwenden müssen. Allein in Berlin werden vermutlich 5½ Milliarden ausgezahlt

werden. Vom Finanzminister in Rheinland-Pfalz, Dr. Nowack, dessen kleines Land infolge der besonderen früheren Wohnverhältnisse fast ähnlich hohe Zahlungen wie Berlin leisten soll, ist deshalb schon eine Verlangsamung des Auszahlungsmodus vorgeschlagen worden. Und Schäffers unglückliche Platininger Rede von Anfang Februar hat sogar den Beizeub einer deutschen Währungsgefährdung durch das Anschwellen der Wiedergutmachungszahlungen an die Wand gemalt.

Die Belastungen des Staatshaushalts wachsen ganz gewiß beträchtlich, wenn man errechnet, daß bei solcher Praxis allein 4 Milliarden Mark jährlich bis 1963 für Wiedergutmachungszahlungen auszugeben sind. Wir schleppen eine gewaltige Last durch die Jahre, und wir werden an ihr noch eine gute Weile zu tragen haben, — in um so empfindlicherem Grade, als die Staatseinnahmen einmal offensichtlich an der Sättigungsgrenze angelangt sind und die Staatsausgaben durch die nun enorm steigenden Kosten für unsere Sicherheit und unseren militärischen Schutz in hohem Maße in Anspruch genommen werden.

In dieser Lage mußte natürlich eine solche Verdächtigung wie die gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Greve unheilswere Gefühle wecken; denn Greve war der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Deutschen Bundestag. Er ist inzwischen sehr schnell von diesem Vorsitz zurückgetreten, um die Vorwürfe, er habe sich als Anwalt für Wiedergutmachungsberechtigte in vielen Fällen durch ein ungewöhnliches Erfolgshonorar an den vielfach sehr beträchtlichen Zahlungen bereichert, prüfen zu lassen. Es ist gut, daß dieser Vorwurf nun öffentlich erhoben ist, und es wäre noch besser, wenn sachlich geklärt werden könnte, wieviel persönliches Verschulden hier vorliegt, und wie wenig diese Vorwürfe die Wiedergutmachungspraxis oder gar die Wiedergutmachungsberechtigten treffen konnten.

## Unter dem Gipfel

DT. An dem Zustandekommen einer Gipfelkonferenz wird rund um den Erdball kaum noch gezweifelt; auch daran nicht, daß dieses Zusammentreffen der Regierungschefs sich auf amerikanischen Boden vollziehen wird. Chruschtschows Lieblingswunsch, nach Amerika fahren zu können, wird sich also erfüllen. Alles übrige aber ist strittig, nämlich Teilnehmungskreis, Zeitpunkt und vor allem die Tagesordnung.

Wer wird mit wem und worüber sprechen? Das ist die Frage. Als der Westen zum erstenmal auf der NATO-Tagung im Dezember hierüber Beschlüsse fassen mußte, fiel der Entscheid zugunsten gründlicher, aber diplomatischer Verhandlungen. Das ist inzwischen teilweise gelungen. Die Briefschlacht zwischen Ost und West ist abgeklungen, und die berühmten diplomatischen Drähte summen. Daran ändert nichts, daß gelegentlich in Moskau oder in Washington einiges von dem durchsickert oder veröffentlicht wird, worüber zwischen den politischen Zentralen der beiden Weltmächte diplomatisch gesprochen wird. Der augenblickliche Zustand des Ost-West-Gesprächs verbleibt auf diese Weise in einem Halbdunkel zwischen Geheimdiplomatie und Publicity.

Der Deutsche Bundestag unter der Führung seines Präsidenten war deswegen gut beraten, als er gestern die vorgesehenen Debatten über die deutsche Außenpolitik und ihre rüstungspolitische Finanzierung verschob. Wir Deutschen sollen zwar fordern und wünschen, daß unsere Zukunft eine zentral-europäische und weltpolitische Aufgabe bleibt, jedoch dürfen wir nicht meinen, daß ihre ungehemmte Erörterung im Bonner Parlament unabhängig von der weltpolitischen Lage und Atmosphäre vonstatten gehen darf. Das Berliner Abgeordnetenhaus war also schlecht beraten, als es gleichfalls am gestrigen Tage auf Grund einer FDP-Anfrage eine ihm gar nicht zustehende außenpolitische Debatte über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vom Stapel laufen ließ. Nur die überlegten For-

mulierungen des Regierenden Bürgermeisters Brandt wie auch die Haltung der CDU-Fraktion machten es möglich, daß das Berliner Parlament an einem Schildbürgerstreich gerade noch vorbeikommt.

Im weltpolitischen Zwischenakt kommt für den Westen alles darauf an, daß man in Moskau begreift, wie wenig Sinn es hat, auf Zwistigkeiten oder gar Gegensätze im westlichen Lager vor dem Hintergrund der Atomangst zu spekulieren. In den Ländern freier Meinungsbildung gibt es nun einmal die Möglichkeit, verschiedener Meinung zu sein. Diesmal wären die Kremelmächthaber schlecht beraten, wenn sie etwa der leidenschaftlichen Atomwaffendiskussion in Großbritannien oder einer ähnlich sich anbahnenden Auseinandersetzung in Westdeutschland zu große Bedeutung für ihre eigene Politik beimessen würden. Weder die Engländer noch wir Deutschen sind bereit, die Sicherheit Gesamteuropas und die Frage der deutschen Einheit in einen Gegensatz bringen zu lassen. Beide Fragen sind lösbar, wenn es dem Krenl wirklich um den Frieden oder um seine Vorstufe, eine echte Entspannung, geht. Man muß sich nicht — und das gilt

### Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

auch für manche deutsche Diskussionssteilnehmer — auf Rapacki-Plan oder Strauß-Vorschlag — festbeißen. Eine Gipfelkonferenz allerdings verliert ihren Sinn, wenn sie sich nur in Händeschütteln zwischen Ost und West und in entsprechend wirkungsvollen Fotos erschöpft. Die letzte Antwort Washingtons auf die vorletzte sowjetische Note macht deutlich, daß Washington nach wie vor neben seinen eigenen — vor allem auf die Abrüstung zielenden — Interessen die Wünsche seiner Verbündeten, auch die der Bundesrepublik, nicht vergessen hat.

## Keine ABC-Waffenproduktion

Minister Strauß über seine Pläne

Washington (dpa). Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte am Sonnabend nach Abschluß seiner Washingtoner Gespräche, die Bundesrepublik werde an dem Verzicht auf die Produktion von Atom-, bakteriologischen und chemischen Waffen festhalten. Wenn die NATO aber die Ausrüstung ihrer europäischen Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen beschließen sollte, „müssen wir prüfen, was zu tun ist“.

Strauß fügte hinzu, er habe nicht auf die Verfügbarkeit von Atomwaffen verzichtet, aber auch nicht gesagt, daß sie zur Verfügung gestellt werden müßten. In dieser Sache müsse die Entscheidung nach Empfeh-

lungen der NATO vom Kabinett und vom Parlament getroffen werden. Auf Grund seiner Informationsreise durch die USA wisse er jetzt, was bis 1963 für die Bundeswehr zu planen sei.

Bis zum 1. April 1961 werden in der Bundesrepublik nach den Erklärungen von Strauß zwölf Divisionen aufgestellt. Der NATO sollen am 1. April d. J. drei Grenadier- und zwei Panzerdivisionen sowie je eine Luftlande- und Gebirgsdivision zur Verfügung gestellt werden. Am 1. Oktober wird der Aufbau der achten und der neunten Division beginnen, die nach einem Jahr der NATO übergeben werden.

## Optimismus über Wirtschaftslage

Finanzminister Etzel erläutert Rekord-Haushalt 1958

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung glaubt, daß auch das Jahr 1958 wieder ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs sein wird. Sie ist bei der Schätzung der Steuereinnahmen davon ausgegangen, daß das Volkseinkommen wieder um sieben Prozent ansteigen wird. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute waren in ihren Voraussagen vorsichtiger. Sie hatten nur einen Zuwachs von sechs oder sechseinhalb Prozent angenommen. Mit einem Umfang von 39,2 Milliarden DM stellt der neue Bundeshaushalt, der am Freitag dem Bundesrat zur Beratung vorgelegt worden ist, einen neuen Rekord auf.

In den nächsten Jahren will Bundesfinanzminister Etzel, wie er am Freitag vor der Presse erklärte, eine weitere Steigerung der Bundesausgaben vermeiden. Er stößt dabei aber auf ein großes Hindernis: das Bundesverteidigungsministerium hat ausgerechnet, daß in den nächsten beiden Jahren insgesamt 33 Milliarden DM benötigt werden, um die Aufstellung der Bundeswehr zu vollenden. Da in diesem Jahr nur zehn Milliarden DM für Verteidigungsausgaben eingesetzt sind, würde das eine ganz außerordentliche Erhöhung der Ausgaben bedeuten. Als Etzel danach gefragt wurde, antwortete er ausweichend. Er meinte, es werde sich bei den Verteidigungsausgaben doch manches verzögern, so daß er sich jetzt noch nicht den Kopf darüber zerbrechen müsse, wie er diesen Riesenbetrag aufbringen solle. Falls aber weitere Ausgabensteigerungen nötig würden, so gebe es theoretisch drei Möglichkeiten, den Haushalt auszugleichen: 1. Einsparungen an anderen Stellen, 2. Anleihen, 3. Steuererhöhungen. Der Minister fügte aber rasch hinzu, damit wolle er nicht sagen, daß er schon an Steuererhöhungen denke.

Um 1,8 Milliarden DM gestiegen

Gegenüber 1957, wo man 37,4 Milliarden DM benötigte, ist der neue Haushaltsplan um 1,8 Milliarden gewachsen. Der Löwenanteil des Zuwachses kommt dem Verteidigungshaushalt zugute, der von 9 auf 10 Milliarden gesteigert worden ist. Gelder für die alliierten Truppen im Bundesgebiet sind weder in diesem Betrag noch an anderen Stellen im Bundeshaushalt vor-

gesehen. Voller Stolz verkündete Etzel, ursprünglich seien von den Ministerien Mehraufwendungen in Höhe von 6,5 Milliarden DM verlangt worden, aber es sei ihm gelungen, diese Wünsche um 4,7 Milliarden herabzudrücken. Der außerordentliche Haushalt, der durch Anleihen gedeckt werden soll, beläuft sich diesmal auf 1,6 Milliarden DM und enthält so wichtige Ausgaben, daß man sicher gezwungen sein wird, die Anleihen diesmal auch wirklich aufzulegen. Etzel sprach sogar davon, rund zwei Milliarden Anleihen aufzunehmen, aber darüber sind noch keine Beschlüsse gefaßt.

40 Prozent soziale Ausgaben

Mit besonderem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß rund 40 Prozent des Haushalts für soziale Zwecke vorgesehen seien, nämlich 15,5 Milliarden D-Mark. Diese Rechnung ist allerdings etwas fragwürdig, da hier auch die Ausgaben für den Wohnungsbau und für die Beamtenversorgung hinzugerechnet sind. Beschränkt man sich auf die eigentlichen Sozialausgaben, so kommt man auf einen Betrag von 9,8 Milliarden DM. Für den zivilen Bevölkerungsschutz sind knapp 200 Millionen

D-Mark vorgesehen. Das wird sicher einer der Hauptpunkte sein, die von der sozialdemokratischen Opposition kritisiert werden.

## Adenauer drängt auf außenpolitische Debatte

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer wünscht, daß die außenpolitische Debatte des Bundestages, die auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist, möglichst bald stattfindet. Er hält eine baldige Debatte für nötig, um die internationale Situation und die Stellung der Bundesrepublik im Rahmen der augenblicklichen internationalen Verhandlungen zu klären.

Durch Bundespresseschef von Eckardt ließ der Kanzler mitteilen, er bedaure die Verschiebung der Debatte, die auf Anregung von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier erfolgt war, um den Fraktionen Gelegenheit zu einer genaueren Prüfung des neuen sowjetischen Vorschlages über einen deutschen Friedensvertrag zu geben.

## Regierung setzt 900 Mill. DM für Berlin-Hilfe ein

Bonn (Eigenmeldung). In den neuen Bundeshaushalt sind 900 Millionen DM für Berlin vorgesehen, davon 800 Millionen im ordentlichen und 100 Millionen im außerordentlichen Haushalt. Von den 800 Millionen entfallen 670 auf den Bundeszuschuß zum Berliner Haushalt, 25 auf den Berliner Aufbauplan, und 105 Millionen sind Darlehen. Über eine etwaige Erhöhung dieser Bundeshilfen wird noch zwischen Berlin und dem Bund verhandelt.

## Handelsbesprechungen verschoben

Lieferung von Kohle und Schweinen uninteressant

Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat die für Mitte März vorgesehenen Wirtschaftsverhandlungen mit Polen abge sagt. In Regierungskreisen wird betont, daß der gute Wille vorhanden sei, ein neues Handelsabkommen mit Polen abzuschließen. Zur Zeit sei es aber nicht möglich, auf die polnischen Wünsche einzugehen, Polen hatte angeboten, seine Kohlenexporte nach West-

deutschland auf zwei Millionen Tonnen zu erhöhen und außerdem eine größere Menge Schweine zu liefern. Da zur Zeit aber ohnehin im Bundesgebiet Überfluß an Kohle und Schweinen herrscht, will man erst die weitere Entwicklung abwarten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Zwischen Elbe und Oder

# „Wenn, dann einen Schirdewan...“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

A. B. Berlin (Eigenbericht). Die Nebenbestimmungen des Paßgesetzes werden ebenso gründlich und genau wie das Paßgesetz selbst angewendet. „Wer von der vorgeschriebenen Reiseroute abweicht, wird bestraft.“ Ein Blick hinter die Fassaden des SED-Regimes ist unerwünscht.

### EISLEBEN

**VOPO ACHTET AUF ABWEICHUNGEN.** Während der Leipziger Messe mußten alle Volkspolizeistreifen besonders auf westdeutsche Fahrzeuge achten. Sie sollten feststellen, ob diese Pkw-Benutzer von der vorgeschriebenen Wegstrecke

abgewichen sind und anlässlich eines Messebesuches einen Abstecher zu Freunden oder Verwandten machten. Die Verurteilung des Dortmunder Ehepaares zu 50 DM Geldstrafe verbreitete sich in Eisleben wie ein Lauffeuer. Man deutete auf die Litfaßsäulen, wo Steckbriefe gegen Republikflucht öffentlich ausgehängt sind. Lehrer, Facharbeiter, Angestellte — sie alle gelten als Verräter. Man will abschrecken. Neuerdings gilt eine hohe Quote Republikflüchtiger im Ort oder Kreis als Minuspunkt für die Parteiaufklärer. Wo viele Einwohner die Zone verlassen, sei das Bewußtsein schlecht.

## Flüchtlingelösen, Wohnungsproblem

**DIE WOHNUNGSKOMMISSION IN EISLEBEN** muß pro Monat 50 „Wohnheiten“ beschlagnahmen, weil der Wohnungsbau nachhinkt. „Wenn die Flüchtlinge ihre Wohnungen nicht verlassen, würden wir unserer Wohnungssoll nie erreichen“, erklären die Kommissionsmitglieder.

### WEIMAR

**IN DER ALTEN GOETHE-STADT** herrscht reges Interesse an der Kunst, am Schauspiel, am guten Buch, an klassischen Konzerten. Jazz-Fans gründen Jazz - Spielgemeinschaften und pflegten die Musik der Synkopen. Die FDJ hat ihre Arbeit als verpönt abgelehnt. Sie frönten der „amerikanischen Unkultur“ und vernachlässigten das deutsche Kulturerbe. Von sieben Jazz - Veranstaltungen, die bereits alle ausverkauft waren, wurden sechs abgesagt. Der administrative Boykott geht um.

**UND IMMER WIEDER DIE REPUBLIKFLUCHT.** Der Kreisvorstand des Deutschen Turn- und Sportbundes Jena-Stadt hat auf einer Kreisvorstandssitzung beschlossen, den ehemaligen Mannschaftsbetreuer des Oberliga-Kollektivs der 1. Fußballmannschaft des SC Motor Jena, Günter Kirchner, aus der Sportbewegung auszu-

schließen. Er hat die Zone illegal verlassen. „In den Köpfen der Sportler und aller Arbeiter muß Klarheit herrschen“, schreibt dazu die SED-Zeitung „Volkswacht“, „daß wir nichts mehr gemein haben mit einem Verräter, der offen ins Lager der Feinde überwechselt.“ In einer heftigen Diskussion im SC Motor Jena wurde diese Behauptung zurückgewiesen. Nicht einmal Franzosen, Engländer oder Sowjets seien unsere Feinde, wie könne man Deutsche in Westdeutschland als Menschen im Lager des Feindes bezeichnen. Wegen ideologischer Unklarheiten wurde die Versammlung aufgelöst.

### HALLE

**ATHEIST REIST DURCH DIE BEZIRKE.** Der bekannte Professor aus der Sowjetunion, Janzen, reist durch die Zone. In

Leipzig, in Dresden, in Halle tritt er auf, um sein Weltbild zu verkünden. Für ihn gibt es keinen Gott, er lehnt alle überirdischen Kräfte ab. Im Jugendklubhaus „Hofjäger“, Halle, spricht Janzen zum Thema „Über den Sinn des Lebens“.

**WEGEN TECHNISCHER MANGEL.** Die sowjetischen Maschinen sowie die angesagten Flügel der Lufthansa von Halle nach Leipzig mußten wegen technischer Mängel ausfallen. Die angemeldeten Fluggäste, die erschienen waren, durften sich als Ersatz Einheiten der Streitkräfte ansehen.

**MITGLIEDER DER NATURWACHT BESCHÜTZEN WEIDEN.** Weil im Naturschutzgebiet Halle die frischen Weidenkätzchen in großen Mengen geschnitten werden, übernahmen Jungen und Mädchen die Aufgabe, diese naturkundlich besonders interessanten Stätten in „persönliche Pflege“ zu nehmen.

### EBERSWALDE

**„WENN SCHON, DANN EINEN SCHIRDEWAN“**, dieses Plakat, das eine Schnapsfabrik vor dem 35. Plenum herausgebracht hat, findet in Eberswalde regen Beifall. Die kleinen Schirdewane sitzen überall. Es gibt immer noch Menschen in der Zone, die sich für die Nöte und Schmerzen der Bevölkerung interessieren. Wie oft kommt es auf dem Rathaus vor, daß die Angestellten den Antragstellern zuzüstern: „Wir würden ihnen ja gern eine Reisegenehmigung geben, aber wir dürfen nicht.“

## Auch dieser Weg ist falsch

**DIE EINSICHT FEHLT DEN MÄNNERN AN DER SPITZE.** Als ein Vater nach dreijähriger Trennung seine im Westen lebende Tochter besuchen wollte, wurde ihm die Reisegenehmigung verweigert. In seiner Wut sagte der Antragsteller: „Auch ihr werdet einmal einsehen, daß dieser Weg falsch ist.“ Die Antwort darauf: „Glaub-

ben Sie, daß wir die Macht, die wir einmal errungen haben, niemals wieder aus den Händen legen?“ Als der Besucher aus Eberswalde das erzählte, hatte er Tränen in den Augen. Und resigniert fügte er hinzu: „Sehen Sie, deshalb sind wir in der Zone so deprimiert, weil wir mit diesen Pachulken zu tun haben.“

# Von „General Gomez“ zu Mielke

## Ehemaliger Staatssicherheitsminister der Zone starb im Dunkeln

Berlin (Eigenbericht). Wilhelm Zaissner, der ehemalige Staatssicherheitsminister der Sowjetzone, ist, 65 Jahre alt, ruhmlos gestorben. Um diesen hochintelligenten Revolutionär, der den längsten Teil seines aktiven Lebens im sowjetischen Geheimdienst und in dessen Auftrag gearbeitet hat, war es in den letzten Jahren still geworden. Am 24. Juli 1953 wurde er von seinem Amt als Chef der Staatssicherheit in Mitteldeutschland „entbunden“, wie die Formulierung des sowjetischen Presseamtes lautete.

Das Leben dieses Mannes gehört vollständig der kommunistischen Revolutionsbewegung an, und zwar wesentlich dem unterirdischen Komplex dieser Bewegung. Wilhelm Zaissner, der als junger Offizier in den zwanziger Jahren im Ruhrgebiet zum Kommunismus kam und ein bemerkenswertes Talent für militärische Fragen offenbarte, war im Laufe seines Lebens auf den verschiedensten Schauplätzen als sowjetischer Geheimagent tätig. Im vorkommunistischen China war er als getarnter „Stahlhelm“-Vertreter bei Tschiangkai-schek, in Saudi-Arabien beobachtete er die Politik des britischen Imperialismus, in Spanien wirkte er als „General Gomez“ im Bürgerkrieg und im zweiten Weltkrieg schulte er in sowjetischen Lagern deutsche Offiziere und Soldaten zu Kommunisten um.

In der deutschen Sowjetzone entwickelte er nach 1945 entsprechend dem sowjetischen Vorbild die Geheimpolizei zum wichtigsten Instrument des SED-Regimes. Verschlissen, zuverlässig, intelligent und von großem Machtbewußtsein verkörperte er in allen Positionen und in vielen Maskierungen den sowjetischen Revolutionsauftrag.

Das anstrengende Leben eines leninistischen Berufsrevolutionärs hat nunmehr seine Kräfte aufgezehrt. Er stirbt ruhmlos, und das Zentralkomitee der SED wird dem „Revolutionsmacher“ von 1953 keinen Lorbeerkranz auf das Grab legen.



Wilhelm Zaissner

In den Ereignissen um den 17. Juni herum kam er zu Fall. Zusammen mit Rudolf Herrnstadt, dem damaligen Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, wurde er — genauso wie gegenwärtig Schirdewan und Wollweber — der Fraktions-tätigkeit beschuldigt. Zaissner und Herrnstadt verlangten damals — genauso wie gegenwärtig Schirdewan und Wollweber — eine „Erneuerung der Par-

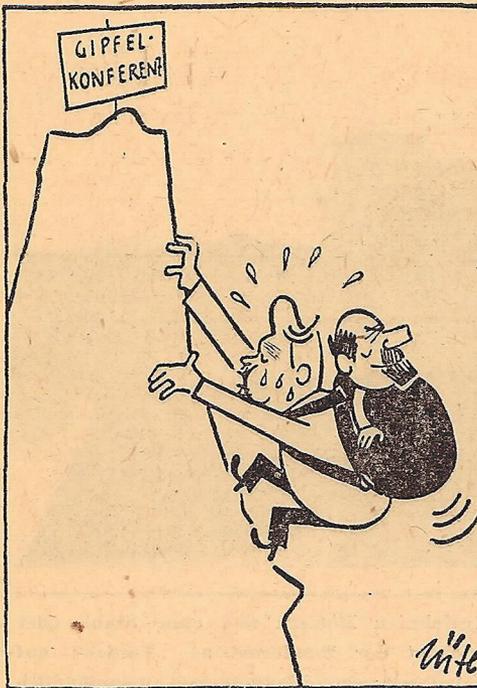
tei“. In ihrer damaligen Plattform von 15 Seiten kritisierten sie die Politik der Ulbricht-Gruppe und forderten die Beseitigung der Fehler und Schwächen der Partei. Sie verlangten — genauso wie auch heute Schirdewan und Wollweber — die Absetzung Ulbrichts. Herrnstadt sollte damals der Erste Sekretär der Partei werden und Wilhelm Zaissner als Innenminister den Machtapparat des Staates vollständig in seine Hand nehmen. Der Sturz des sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Berija verhinderte die Pläne Zaissners in der Zone. Berija hatte damals zwei Beauftragte nach Ostberlin geschickt, die mit Zaissner verhandelten. Dann fiel Berija der Gruppe Malenkow-Chruschtschow zum Opfer und wurde liquidiert. Wilhelm Zaissner kam mit einer Maßregelung günstig davon. Er wurde geschont, weil er große Verdienste um die sowjetischen Interessen hatte und nur an der Peripherie in die Moskauer Spitzenkämpfe verwickelt war. Aber seine politische Laufbahn war zu Ende.

## Posten voller Risiken

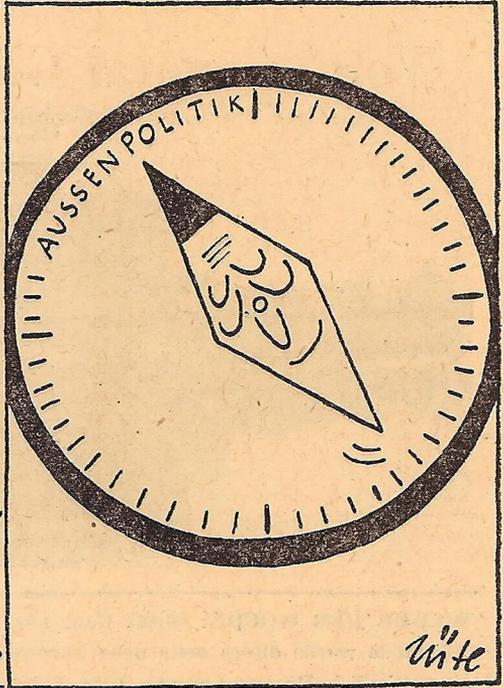
Sein Amt übernahm Ernst Wollweber. Zwar besaß auch dieser Mann ungewöhnliche Erfahrung in den Konspirationen der Weltrevolution, aber er verkörperte bereits einen niederen Typus des Geheimpolitisten. Brutaler und dummer schlug er erbarmungslos gegen die Opposition in der Sowjetzone los, und zwar auch gegen solche Personen und Kreise, bei denen Zaissner eine abwartende und beobachtende Haltung eingenommen hatte. Wollweber erfüllte nach dem 17. Juni rücksichtslos die Aufträge des ebenso rücksichtslosen Walter Ulbricht. Aber auch Wollweber kam zu Fall. Vielleicht wird der tote Zaissner noch kurz vor seinem Ende eine gewisse Schadenfreude empfunden haben, als sein Nachfolger unter derselben Beschuldigung der Fraktions-tätigkeit aus der aktiven SED-Politik entfernt

wurde, wie es ihm selbst 1953 geschah. Ja, die Stellung eines Geheimpolizeichefs in einem kommunistischen Staat ist voller gefährlicher und bedrohlicher Risiken. Sie fallen in den Parteikämpfen, und dann schleift man sie als Parteischädlinge um die Wagenburg des Zentralkomitees.

Eine noch primitivere Stufe des Polizeichefs stellt Erich Mielke dar, der Ernst Wollweber ablösen mußte. Ohne die großen Erfahrungen der Zaissner und Wollweber zu besitzen, ohne mit den politischen Fähigkeiten Zaissners auch nur konkurrieren zu können, führt er jetzt den Kampf gegen die widerstrebenden Elemente in der Partei und in der Bevölkerung der Sowjetzone im Auftrag Ulbrichts — von dessen Hause er aber ebenfalls keinen Dank erwarten kann.



Ballast



Bonner „Marschkompaß“

## Wiedergutmachung

Fortsetzung von Seite 2

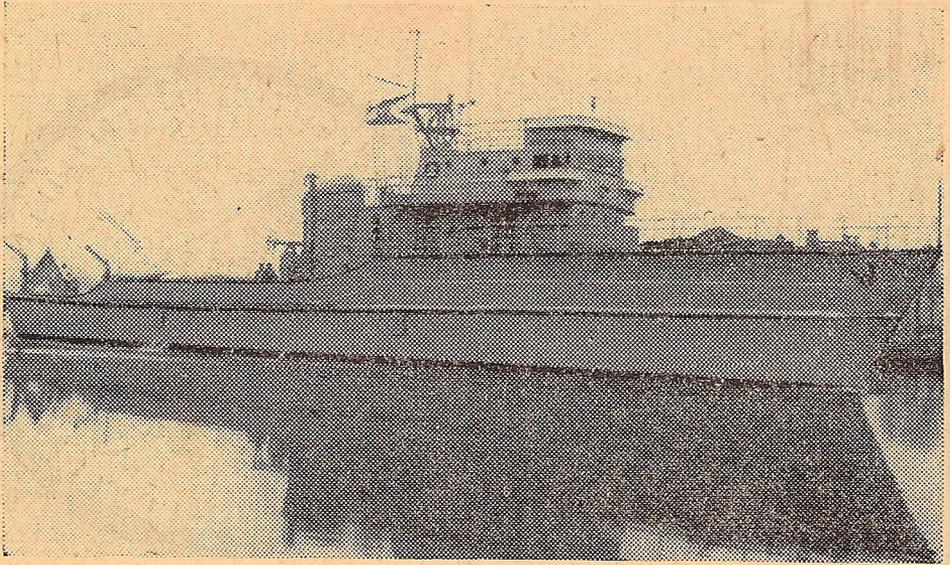
Es darf nicht dazu kommen, aus der großen finanziellen Belastung, die uns die Wiedergutmachung noch auf lange Zeit aufnötigt, wegen solcher moralisch unsauberen Allüren eine Attacke gegen Prinzip und Geist der Wiedergutmachung selbst zu folgern. Denkbar, daß sich in die Wiedergutmachungsprozedur mancher nicht ganz legitime Anspruch eingeschlichen hat; erkennbar auch, daß auf dem Weg zwischen Behörde und Mensch viele Fallgruben lauern, die das Geld nicht an den richtigen Mann bringen. Auf solche Unsauberkeiten muß nun strenger geachtet werden. Es geht ja um Geld, und wenn es auch aus moralischen Gründen gezahlt wird: es hat die Eigenschaft, wie alles Geld, die

Moral immer wieder zu überlisten.

Wir haben jedoch das mühselige und komplizierte Werk übernommen, Moralisches — da wir zu anderem wenig Gelegenheit haben — mit Materiellem zu entgelten. Das müssen wir durchhalten, auch wenn es uns gerade in den kommenden Jahren sauer werden sollte. Selbstverständlich, daß wir jetzt penibler auf den gerechten und kürzesten Weg dieses Geldes achten müssen. Doch Wiedergutmachung bleibt unser deutsches Programm, es bleibt es als materielles Verfahren. Es bleibt es aber dauernd in der ständig sich mobilisierenden Gesinnung.

Das gilt gegenüber denen, die als jüdische Mitbürger unter

uns leben und gelebt haben, zuerst. Es gilt aber auch gegenüber allen anderen, die Hitler vergewaltigt hat. Wiedergutmachung ist zwar ein Begriff, der die Verpflichtung auf die eine Seite allein legt. Aber wir glauben, daß sie notwendig das Miteinander und das Füreinander mit denen nach sich zieht, an denen sich gründlich und ohne Falschheit die Wiedergutmachungspraxis vollzieht. Die ganze westliche Welt hat diese unsere Politik der Wiedergutmachung nicht nur beobachtet, sondern durch immer mehr gewachsenes Vertrauen honoriert. Sie hat diese Politik erwidert. Wir wünschen sehr, daß endlich auch unsere östlichen Partner davon Kenntnis nähmen. Wir wünschen, daß sie nach so viel Verständnis für ihre Haltung auch uns endlich verstehen und respektieren lernten.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Ganz aus verleimten Hölzern und ohne Stahl- oder Eisenteile wurde dieses erste neue Minenräumboot der Bundesmarine „Lindau“ auf einer Werft in Bremen-Lesum gebaut. Es soll dadurch gegen Magnetminen unempfindlich sein. — Unten: Schweres Straßenbahn-Unglück in Hamburg bei einem Zusammenstoß mit einem Lastwagen. Etwa dreißig Personen wurden verletzt.

